

Für eine faire und klimafreundliche GAP

Briefing zur Reform der EU-Landwirtschaftspolitik



Was ist die GAP und warum wird sie derzeit diskutiert?

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist die seit 1962 vergemeinschaftete Landwirtschaftspolitik der Europäischen Union. Sie besteht aus Subventionen an die Landwirte und anderen Programmen und stellt den zweitgrößten Haushalt der Europäischen Union dar. Rund 365 Milliarden Euro sollen laut Vorschlag der EU-Kommission in den Jahren 2021-2027 für die GAP ausgegeben werden. Dies entspricht etwa 28,5% des EU-Gesamthaushalts. Da die Laufzeit der 7-jährigen GAP-Programme im Jahr 2020 endet, hat die Europäische Kommission im Juni 2018 einen Reformvorschlag vorgelegt. Der Vorschlag besteht aus drei Verordnungen: [Strategiepläne](#), [Gemeinsame Marktordnung](#) und [Horizontale Verordnung](#). Darüber beraten aktuell EU-Parlament und EU-Rat.

Was steht auf dem Spiel?

Um den **ökologischen Herausforderungen** wie Klimawandel, Artensterben und Zusammenbruch der Ökosysteme sowie **sozialen Herausforderungen** wie Höfesterben Rechnung zu tragen, müssen die Ziele und Instrumente der GAP radikal überarbeitet werden. Aktuell zeichnet sich die GAP der EU durch viel zu ziellose Förderungen und Widersprüche aus. Die letzte Reform der GAP brachte zwar Ökologierungsmaßnahmen („Greening“) und eine gewisse Zielausrichtung der Gelder - viele dieser Bestimmungen waren jedoch nicht ausreichend bzw. wurden bereits verwässert.

Der Vorschlag der Kommission ist im Wesentlichen ein Weiter-wie-bisher (siehe [Briefing vom Juni 2018](#)). Eine reine „Vereinfachung und Modernisierung“ sowie die Abgabe der Verantwortung an die Mitgliedstaaten (Flexibilisierung), so wie sie es vorschlägt, ist zu wenig. Die europäische Landwirtschaftspolitik muss breiter gedacht werden, nicht nur als eine Politik für den Agrarsektor, sondern als demokratisch legitimierte Gemeinsame Lebensmittelpolitik: als Politik für die ländlichen Räume, für Umwelt- und Tierschutz, für Gesundheit und gute Ernährung. Die lebhaft zivilgesellschaftliche Bewegung für eine giftfreie, tierfreundliche und sozial gerechte Landwirtschaft zeigt, dass die Bürger*innen dies von der Politik erwarten. Klar ist: Wer die Bürger*innen von der europäischen Idee überzeugen möchte, muss nachhaltige europäische Politik machen.

Was ist die Position der Grünen/EFA im Europäischen Parlament?

Wir wollen eine klima- und umweltfreundliche GAP

1 - Umweltschutz muss Priorität haben

Aufgrund der negativen Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Umwelt wollen manche den Agrarhaushalt kürzen. Wir Grünen/EFA verteidigen stattdessen eine starke GAP, um die **Landwirte bei der Umstellung auf agrarökologische Methoden und Biolandbau zu unterstützen**. Der Reformvorschlag der EU-Kommission beinhaltet neue "Öko-Programme" (engl. "eco-schemes"), mit denen Landwirte belohnt werden sollen, die freiwillige Klima- und Umweltmaßnahmen umsetzen. Um diese Programme gleichzeitig anspruchsvoll und attraktiv für die Landwirte zu machen, wollen wir Grünen/EFA **mindestens 50% des Budgets für Direktzahlungen (= 1. Säule) für Öko-Programme** reservieren. Wir verteidigen auch **robuste Konditionalität** (= die Liste der Grundanforderungen und

Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand, die alle Landwirte einhalten müssen, um überhaupt GAP-Mittel zu erhalten).

2 - Wissenschaftliche Berechnung der Klimaausgaben

Die derzeit diskutierte Methode zur Schätzung der Klimaausgaben ist unsauber. Der Vorschlag der Europäischen Kommission, den das Parlament unterstützen möchte, zählt automatisch 40% der GAP-Direktzahlungen als Klimaausgaben. Dieser Blankoscheck schwächt das allgemeine Klimaziel der EU. Wir schlagen vor, die Klimaausgaben auf Basis **wissenschaftlicher Methoden über Emissionen und Einsparungen** zu berechnen.

Wir wollen eine faire GAP

1 - Priorität für kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe

Die derzeitigen flächenbasierten Direktzahlungen belohnen den Landbesitz. Die größten landwirtschaftlichen Betriebe Europas profitieren ungleich mehr als die zahlreichen kleinen und mittleren Höfe. **20% der Empfänger erhalten 80% der Gelder.** Wir Grünen/EFA wollen den **Geldbetrag, den ein einzelner Landwirt oder Agrarkonzern erhalten kann, begrenzen.** Dies würde zu einer besseren Verwendung der öffentlichen Gelder beitragen und die Beträge auf kleinere Strukturen umverteilen. Das Geld für Öko-Programme wollen wir von dieser Kappung ausnehmen.

Darüber hinaus möchten wir die Marktchancen auch für kleinere Betriebe erhöhen, indem wir die **regionale Direktvermarktung** fördern sowie sensiblere Maßnahmen zur **Vorbeugung von Marktkrisen** einrichten.

2 - Gerechtigkeit zwischen Ost und West

Die mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten, die der EU im Jahr 2004 beigetreten sind, erhalten weit weniger GAP-Mittel als die älteren westeuropäischen Mitglieder. Ein Bauer im Osten erhält dadurch weniger Geld als ein Bauer im Westen. Wir Grünen/EFA fordern eine "interne und externe Konvergenz" - das heißt eine **Angleichung der Direktzahlungen innerhalb der EU.**

3 - Keine öffentlichen Gelder für Werbemaßnahmen großer Lebensmittelkonzerne

Die GAP finanziert auch Maßnahmen zur Steigerung des Umsatzes, z. B. Werbekampagnen für landwirtschaftliche Produkte. So wurden zwischen 2009 und 2018 mehr als 1,4 Milliarden € Steuergelder für die Weinförderung ausgegeben. Weinmarken können derzeit bis zu 50% ihrer Werbekosten durch die GAP decken, einschließlich Öffentlichkeitsarbeit, Teilnahme an internationalen Messen und Werbekampagnen. **Die größten Nutznießer dieser Subventionen sind die großen Unternehmen** - etwa die Champagner-Marken Mumm und Perrier Jouët, die innerhalb eines Jahres 6,1 Millionen Euro an öffentlichen Geldern erhalten haben. **Das frisst Gelder, die sinnvoller für die Agrarwende ausgegeben werden sollten.**

4 - Für eine lebendige, blühende Landschaft und Arbeitsplätze im ländlichen Raum

Die so genannte "zweite Säule" der GAP dient u.a. der Finanzierung von Agrarumweltmaßnahmen, der Umstellung auf den ökologischen Landbau, der Investition in landwirtschaftliche Betriebe sowie der ländlichen Entwicklung und der Unterstützung von Landwirten in Gebieten mit natürlichen Einschränkungen (z. B. Berge). Die Europäische Kommission schlägt vor, den Haushalt für die Entwicklung des ländlichen Raums (= 2. Säule) um ein Drittel zu kürzen. Wir Grünen/EFA lehnen diese Kürzung an der falschen Stelle entschieden ab und fordern **eine großzügige finanzielle Ausstattung der ländlichen Entwicklung.**

Wir wollen auch die bestehende Möglichkeit, dass Mitgliedstaaten Geld von der ländlichen Entwicklung in die erste Säule verlagern, beenden.

Die Verwendung der Gelder der 2. Säule für sogenannte "Risikomanagement-Instrumente", durch die öffentliche Gelder in die Taschen privater Versicherungsunternehmen umgelenkt werden, ist in Zeiten knapper werdender Mittel völlig unangebracht und sollte entweder abgeschafft oder zumindest streng begrenzt werden.

Schließlich wollen wir dafür sorgen, dass Investitionen, die sich negativ auf die Umwelt auswirken (z.B. Megaställe und Agrarfabriken) keine öffentlichen Gelder erhalten.

6 - Fairness gegenüber Entwicklungsländern

Mit dem vorliegenden Vorschlag wird die EU ihre Überproduktion an Milchpulver, Fleisch und anderen Erzeugnissen weiterhin in Entwicklungsländer exportieren. Um die Futtertröge ihrer Schweine, Hühner und Rinder zu füllen, wird die EU weiterhin nicht nachhaltig produziertes Soja importieren. Beides schädigt Kleinbauern in Entwicklungsländern und untergräbt damit die positiven Effekte der Entwicklungszusammenarbeit der EU. Wir fordern ein **Monitoring der Auswirkungen der GAP auf die Entwicklungsländer**, und einen Dialog zwischen EU und Entwicklungsländern, falls Probleme auftreten.

Was ist der aktuelle Stand?

Am **2. April** fand im Landwirtschaftsausschuss die entscheidende Abstimmung über die Verordnung zu den GAP-Strategieplänen statt. Eine Plenarabstimmung ist erst in der nächsten Legislaturperiode vorgesehen.

Die Abstimmung im Ausschuss schwächte den Verordnungsvorschlag der EU-Kommission u.a. in folgenden wichtigen Punkten ab:

- 60% der Zahlungen der ersten Säule sollen für Direktzahlungen reserviert werden; Erhöhung der Kappung der Gelder an Großbetriebe auf 100.000 €; möglicher Ausschluss der kleinsten Landwirte vom Zugang zu GAP-Subventionen
- Widerstand gegen eine gerechtere EU-weite Verteilung der GAP-Mittel
- Werbemaßnahmen sollen nicht nur weiter finanziert, sondern die Förderfähigkeit sogar erhöht werden
- Kein Monitoring der Auswirkungen der GAP auf Entwicklungsländer
- Ein mit maximal 30% der 1. Säule sehr schwaches Budget für Öko-Programme („eco-schemes“)
- Schwächung der EU-Klimaziele, indem 40% der Direktzahlungen als Klimaausgaben gezählt werden
- Streichung oder Schwächung vieler Elemente der Konditionalität, was sich auf den Umwelt- und Klimaschutz auswirkt, etwa die Erhaltung von Dauergrünland, Torfgebieten und Naturschutzgebieten.

Die Haltung des Landwirtschaftsausschusses steht im Widerspruch zu den Forderungen der EU-Bürger*innen und insbesondere der jungen Generation, wie die aktuellen Klima-Demos deutlich machen. Darüber hinaus schreibt sie ein ungerechtes System fest, das Großgrundbesitzer und Lebensmittelkonzernen nützt, aber Kleinbauern und osteuropäische Mitgliedstaaten benachteiligt.

Insgesamt will eine Mehrheit im Agrarausschuss eine neue GAP, die bei den Umwelt-, Klima- und sozialen Zielen noch unambitionierter ist als die derzeitige Agrarpolitik.

Als Grüne/EFA lehnen wir diese rückständige Position ab und sind schockiert, dass sie von allen großen Fraktionen im Europäischen Parlament befürwortet werden.

Unsere Hoffnung ist, dass sich das neue Parlament bei der Plenarabstimmung im Herbst ambitionierter zeigen wird. Die EU-Bürger*innen laden wir ein, bei der Europawahl im Mai ihre Stimme für eine nachhaltige europäische Landwirtschafts- und Lebensmittelpolitik abzugeben.